

Für Sachsen

Zeitung zur Landtagswahl 2014 im Landkreis Meißen

DIE LINKE.



Unser Land braucht endlich neue Impulse

Zugegeben: Sachsen hat seit der Wiedervereinigung eine beachtliche finanzielle und ökonomische Entwicklung vollzogen. Das ist die Leistung aller hier lebenden Menschen. Dennoch entwickelt sich Sachsen nicht ohne Widersprüche: Seit über zehn Jahren stagniert der Annäherungsprozess an das Lebensniveau der alten Länder. Im Freistaat selbst sind die Einkommensunterschiede gewachsen. Sachsen hat unter den neuen Bundesländern den niedrigsten Anteil von Sozialausgaben, wälzt die Finanzierung der sozialen Daseinsfürsorge auf die Kommunen ab. In keinem Bundesland ist die Zahl der Hartz-IV-Aufstocker höher, die Dauer der Erwerbslosigkeit länger. In kaum einem anderen Land sind die Investitionen in Schule und Hochschule so niedrig wie hier. Gravierende Probleme im Land bleiben

ungelöst, die Staatsregierung verspielt so Sachsens Zukunft. Wir sind der Meinung: Es ist Zeit für eine Wende. Wir wollen, dass einmal mehr die Fenster geöffnet werden, um frischen Wind hereinzulassen. Ein neuer demokratisch-kultureller Aufbruch ist notwendig. DIE LINKE ist dabei die Partei der sozialen Frage: Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und der soziale Zusammenhalt bilden die Leit motive unserer Politik.

Doch wir sind auch eine Partei der Freiheit. Alle Menschen sollen in ihrem Leben die gleichen Chancen haben. Wir sind überzeugt, dass wir nur gemeinsam mit den Menschen in Sachsen Verantwortung tragen können. Wir wollen nicht Vormund sein. Aber wir wollen, dass alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Uns geht es dabei nicht um uns selbst. Wir sind nicht scharf da-

rauf, Regierungsposten zu ergattern. Dass wir auch starke Opposition sein können, haben wir bewiesen. Doch wir wissen auch: Wir können besser regieren als die jetzige Regierung. Dafür benötigen wir auch Partner. Unser Angebot für einen Politikwechsel richtet sich deshalb sowohl an die Menschen im Freistaat als auch an die politischen Mitbewerber. Gemeinsam können wir den Aufbruch für Sachsen schaffen.

Allerdings: Andere Parteien fordern zwar den Politikwechsel im Freistaat, würden sich jedoch auch als Juniorpartner der Union anbieten. Wir dagegen können eine Koalition mit der CDU ausschließen. Deshalb ist nur eine Stimme für DIE LINKE eine Stimme, die im Zweifelsfall nicht der Lebensverlängerung der Union in der Regierung hilft. Darum möchte ich Sie bitten: Gehen Sie am

31. August zur Wahl. Und wählen Sie mit beiden Stimmen DIE LINKE. Für ein besseres Leben in Sachsen.

Rico Gebhardt



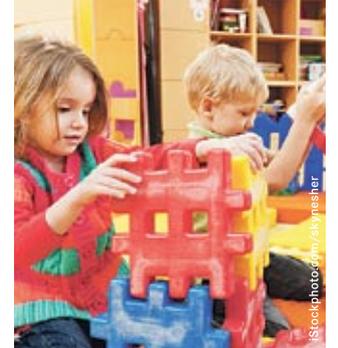
Rico Gebhardt (51) ist Spitzenkandidat der sächsischen LINKEN zur Landtagswahl 2014. Der gelernte Koch engagierte sich zunächst in der Kommunalpolitik in seiner Heimatstadt Aue und im Kreistag, bevor er 2004 in den Sächsischen Landtag gewählt wurde. Seit 2009 ist er Vorsitzender der sächsischen LINKEN, seit 2012 Fraktionsvorsitzender im Landtag.

PREISRÄTSEL

Zu gewinnen sind: eine Übernachtung und ein Abendessen für Zwei in Aue, ein Abonnement der Zeitung *neues deutschland* und weitere Preise ...
Seite 8

Besser leben in Sachsen

Wir haben konkrete Vorschläge, wie wir den Freistaat verbessern wollen. Unsere Ziele für Sachsen finden Sie auf **Seite 2**



Machbar und finanzierbar

Glauben Sie niemandem, der behauptet, unsere Forderungen seien nicht bezahlbar. Warum, erfahren Sie auf **Seite 2**

Dem Bahnlärm die rote Karte zeigen

Nicht nur in Coswig führen Bahnstrecken direkt an Wohngebieten vorbei. **Seite 3**



Zwei Stimmen zur Landtagswahl

Was Sie mit welcher Stimme wählen, zusammengefasst auf **Seite 4**

Vier für den Landkreis

Unsere Direktkandidierenden stellen sich vor auf den **Seiten 4-5**

Kurz und knapp

Ganz konkret können wir gemeinsam mehr erreichen. Beispiele dafür stellen wir Ihnen genauer vor auf den **Seiten 6-7**



Ganz einfach Briefwahl!

Gerade, wenn der Wahltermin am 31. August auf dem letzten Ferientag liegt, ist es nicht ganz unwahrscheinlich, dass Sie an dem Tag keine Zeit haben, wählen zu gehen. Aber nicht nur dann ist Briefwahl eine gute Idee. Wissen Sie vielleicht

schon, wen Sie wählen wollen? Dann beantragen Sie Briefwahlunterlagen. Der Stimmzettel kommt ganz bequem per Post zu Ihnen nach Hause. Sie füllen ihn aus und schicken ihn an das Wahlamt zurück. Ihnen entstehen keine Kosten.

Briefwahlunterlagen erhalten Sie ganz einfach: Füllen Sie die Rückseite der Wahlbenachrichtigung aus und schicken Sie sie

zurück. Es muss kein Grund angegeben werden. In einigen Städten und Gemeinden können Sie Briefwahlunterlagen auch online bestellen. Sie können Ihre Stimmzettel aber auch direkt bei der Briefwahlstelle während der Öffnungszeiten beantragen und noch vor Ort wählen.

Stimmzettel erhalten Sie etwa vier Wochen vor der Wahl. Wich-

tig ist, dass diese am 31. August spätestens um 18 Uhr im Wahlamt sind.

Füllen Sie sie nach Erhalt einfach sofort aus und schicken Sie sie zurück. Übrigens: Wer nachgewiesen plötzlich erkrankt, kann den Stimmzettel sogar noch bis zum Wahltag, 15 Uhr, im Wahlamt beantragen. Rufen Sie dann schnellstmöglich in Ihrem Wahlamt an.

Versprochen: machbar und finanzierbar

Ja, wir wollen Geld ausgeben für Bildung, für Schulen und Hochschulen. Für soziale Belange, Kultur, Verkehr. Wir wollen Wirtschaft nachhaltig fördern und uns für die Umwelt starkmachen. Das alles kostet. Aber es sind Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft.

Die CDU wird nicht müde zu behaupten, wir könnten nicht mit Geld umgehen, mit uns drohten neue Schuldenberge. Aber: Glauben Sie niemandem, der oder die behauptet, unsere Vorstellungen wären nicht finanzierbar. Seit 2001 stellt unsere Fraktion im Landtag alternative Landeshaushalte auf. Ohne einen Cent mehr auszugeben, als der Haushaltsansatz der Staatsregierung vorgibt, zeigen wir, dass wir mit dem zur Verfügung stehenden Geld eine andere Politik im Sinne sozialer Gerechtigkeit, der Kommunen, von Bildung und Kultur finanzieren können. Mehr als eine Milliarde Euro wurde von uns dafür im letzten Doppelhaushalt umgeschichtet.

Erblasten trägt allein die CDU: Durch verantwortungslose Spekulation hat sie dem Freistaat milliardenschwere Belastungen aufgebürdet. Allein die Rettung der Landesbank kostet uns alle bis zu 2,7 Milliarden Euro. Genauso viel Geld erhält der Freistaat übrigens in der nächsten Förderperiode der Europäischen Union aus ESF- und EFRE-Töpfen. Das heißt also, die CDU hat Geld im Gegenwert von Investitionsmitteln der Europäischen Union für Sachsen für die Dauer von sieben Jahren verbrannt. Angesichts des Investitionsstaus im Freistaat hätte man also jeden Förder-Euro ganz einfach verdoppeln können. Das Geld ist jedoch unwiederbringlich verloren. Wer kann also in Sachsen mit Geld nicht umgehen?

Klar: Sparen klingt erst einmal gut. Derzeit bildet der Freistaat Rücklagen, sitzt auf prall gefüllten Geldsäcken – auch wenn anderes behauptet wird. Gleichzeitig verschärft sich die kommunale Armut, fehlen Lehrer, Polizisten, verfällt die Infrastruktur. Das ist verantwortungslos. Angesichts von Niedrigzinsen verbrennt der Freistaat Geld: Jeder ungenutzte Euro ist nächstes Jahr weniger wert. Rund eine Milliarde Euro wären sofort verfügbar. Wir finden: Dies in das Land und seine Menschen zu investieren, ist nachhaltiger. Wir sagen: Wer Geld anders einsetzen will, handelt nicht unverantwortlich. Im Gegenteil: Er fördert die notwendige Entwicklung des Freistaates. Wir werden deshalb neue Akzente setzen. Und das ganz ohne neue Schulden, aber mit Ideen, die der CDU schon längst ausgegangen sind.



Gemeinsam mit den Menschen im Freistaat wollen wir eine Politik entwickeln, die Sachsen gerecht wird, weil sie uns allen ein Leben in Menschenwürde garantiert. Und das ist nicht einfach ein so dahingehender Ausspruch. Viel zu oft agiert Politik fernab von den Betroffenen und an ihnen vorbei. Viel zu oft meinen Parteien, dass sie den Menschen sagen müssen, wie sie leben wollen. Politik muss umdenken, wie sie Politik gestalten will, integrativ, sinnvoll und nachhaltig. Dafür haben wir Ideen ebenso wie inhaltliche Arbeitsschwerpunkte. Wir wollen ein Sachsen, in dem Umwelt, Energie und Lebensqualität nicht in Widerspruch geraten. Wir wollen den demokratischen Rechtsstaat stärken, die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, ihre Rechte, ihre Sicherheit weiterentwickeln und schützen. Wir wollen eine Politik für alle hier lebenden Menschen.

Unser Ziel bleibt dabei die soziale Gerechtigkeit. Sie ist dann erreicht, wenn jede und jeder ihre bzw. seine Fähigkeiten entfalten kann, sich damit in die Gesellschaft einbringen kann und bei der Verteilung aller Güter angemessen berücksichtigt wird. Wer Hilfe braucht, soll sich der Solidarität sicher sein. Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel die flächendeckende Gesundheitsversorgung, ein stabiles Rettungswesen und zugehörige Verwaltungsstrukturen, die den Menschen helfen, statt sie zu bevormunden, gehört deshalb in öffentliche Hand.



Soziales und Wirtschaft sind dabei zwei Seiten derselben Medaille. Wir wollen deshalb die weitere wirtschaftliche Ent-

Gemeinsam für ein besseres Leben in Sachsen

Programmatische Eckpunkte zur Landtagswahl 2014

wicklung Sachsens stärken. Die Förderung der Zusammenarbeit von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen mit den in Sachsen ansässigen Unternehmen ist dabei Schlüssel für eine zukunftsfähige Industrie. Zugleich wollen wir kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, weil gerade bei ihnen die Wertschöpfungsketten fast komplett in Sachsen bleiben. Um Arbeitsplätze zu schaffen oder bestehende zu erhalten, soll sich der Freistaat an der Kapitalausstattung von Firmenneugründungen und Firmen mit zeitweiligen wirtschaftlichen Problemen beteiligen können. In der Regel können gerade hier gegründete und ansässige Unternehmen nur wenig für Zahlungsverzug, der schwer zu überbrücken ist und oft das Aus bedeutet. Wir halten dabei wenig von der Förderung sogenannter Leuchttürme, die sich bei auslaufenden Subventionen auch schnell wieder aus Sachsen verabschieden.



Sachsen braucht ein Landesarbeitsmarktprogramm mit den Schwerpunkten berufliche Weiterbildung, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem Abbau von Zugangsbarrieren zur Erwerbstätigkeit. Der Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten soll die Vernetzung kleiner und mittlerer Unternehmen stärken.

Dabei gilt immer: Dumpinglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen sind nicht akzeptabel. Es ist verantwortungslos, wenn die CDU diese als Standortvorteil in Sachsen verkauft. Wir setzen weiterhin auf tarifliche Bezahlung, wenigstens jedoch auf einen angemessenen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ohne die Schlupflöcher, welche die große Koalition bereits jetzt plant. Für die Vergabe öffentlicher Aufträge soll dies ebenso verbindliche Bedingung werden wie die Einhaltung von Umweltstandards.



Bildung ist für uns keine Ware, sondern ein Grundrecht. Sie darf nicht von finanziellen Zwängen abhängen und muss allen gleichermaßen zugänglich sein. Wir benötigen mehr Personal in Kitas, Schulen und Universitäten. Längeres gemeinsames Lernen ist dabei ein Gebot der Stunde. Wir wollen gemeinsames Lernen bis Klasse 8, eine Klassenstärke von maximal 20 Schülerinnen und Schülern, egal in welcher Klassenstufe, sowie den Ausbau der individuellen Förderangebote in der Regelschule. Diese Vorstellungen sind in Ganztagschulen am besten zu verwirklichen. Wir werden für eine demokratisch und transparent erarbeitete Schulnetzplanung sorgen. Zur Bildung gehört Sport, weshalb wir den Vereinssport fördern, Sportstätten für den Schul- und Vereinssport erhalten und ausbauen werden.

Weil es normal ist, verschieden zu sein, wollen wir die Inklusion. Das heißt, die gemeinsame Bildung von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung zum Normalfall zu machen. Dabei werden die Unterschiede nicht verwischt oder gar ignoriert. Wir bekennen uns vielmehr gerade hier zum Ausbau individueller Fördermaßnahmen, wollen aber zugleich das solidarische Zusammenleben entwickeln.



Wir bekennen uns zum dualen System als Regelfall in der Berufsausbildung. Es muss aber ergänzt werden durch die Förderung der beruflichen Erstausbildung auch über das 25. Lebensjahr hinaus. Für junge Menschen ohne Berufsabschluss brauchen wir wirkungsvolle nachholende Ausbildungsinitiativen. Denn niemand darf verlorengehen.

Die Universitäten und Hochschulen stehen in besonderer Verantwortung des Landes. Sie dürfen als Stätten der wichtigsten Innovationen nicht kleinteiliger Sparsparn ausgesetzt werden. Wissenschaft und Lehre sollen frei sein. Frei von Profitorientierung, geschützt vor dem Missbrauch durch militärische Forschung. Das ist ein hohes Gut. Wir werden deshalb die demokratische Selbstverwaltung der Universitäten und Hochschulen ausbauen. Und wir werden uns für eine stärkere finanzielle Unterstützung von Lehre und Forschung sowie attraktive Arbeits- und Studienbedingungen einsetzen.

Wir setzen uns ein für eine vielfältige Kulturlandschaft, die allen Menschen zugänglich ist, unabhängig von Wohnort und Einkommen. Wir treten für eine Erhöhung des Anteils der Kultur Ausgaben am Landeshaushalt ein. Steigende Personal- und Sachkosten dürfen nicht zu Lasten der Qualität auf die Einrichtungen und Kulturschaffenden abgewälzt werden.



Sachsen hat die Wahl: Und auf uns können Sie sich verlassen.

Vertiefende Informationen zu unseren programmatischen Vorstellungen finden Sie auf unserer Website www.dielinke-sachsen.de/wahlprogramm.

Wenn Sie Fragen haben, schicken Sie uns eine Mail an kontakt@dielinke-sachsen.de.



Dem Bahnlärm wird die Rote Karte gezeigt

Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung eines Wirtschaftsstandortes ist eine funktionierende Infrastruktur. Die Beschaffenheit dieser Infrastruktur darf den Menschen aber nicht zur Last fallen oder sie im schlimmsten Falle krank machen. Aus diesem Grund gab es zahlreiche Veranstaltungen und auch Demonstrationen gegen den Bahnlärm in Coswig. Denn hier verläuft die vielbefahrene Bahnstrecke in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung. In zahlreichen Gesprächen und Diskussionsrunden wurde auf diese Situation an der Bahnstrecke aufmerksam gemacht. Änderungen im Sinne einer Verbesserung der Situation der Anwohnerinnen und Anwohner wurden deutlich angemahnt. Allerdings: Die Einflussmöglichkeiten vor Ort, in der Kommunalpolitik sind begrenzt. Gerade deshalb muss eine wirkliche Entwicklung mit Nachdruck auch durch unsere Landespolitiker forciert werden. Dieser Aufgabe will sich unser Landtagsabgeordneter Sebastian Scheel auch in der kommenden Wahlperiode stellen.

Investitionen in Kliniken sichern

Eine Planungsgröße im Landshaushalt sind die Zuschüsse für Investitionen in den Krankenhäusern im Freistaat. Leider sind diese Mittel eng bemessen. In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage, wie die Krankenhäuser mit den weniger werdenden Mitteln auskommen. Verfügen die Krankenhäuser im Freistaat über Mittel, die eine umfassende Versorgung des Patienten ermöglichen? Sind die Krankenhäuser in der Lage, den Anforderungen von morgen gerecht zu werden? Investitionen sind auch in diesem Bereich vor allem auch Investitionen in die Zukunft und unabdingbar für den Fortbestand der Standorte. Wie müssen die Krankenhäuser den Wegfall der Investitionszuschüsse aus Bund und Land kompensieren? Wie lösen die Kliniken diesen gordischen Knoten? Diese Fragen beschäf-

tigten Sebastian Scheel, haushaltspolitischer Sprecher, und Kerstin Lauterbach, gesundheitspolitische Sprecherin unserer Fraktion im Landtag. Darum besuchten sie gemeinsam drei Standorte der Elblandkliniken im Kreis Meißen. Zu diesen Terminen kamen sie mit dem Geschäftsführer der Elblandkliniken, den Verwal-

tungsdirektoren der Häuser sowie deren ärztlichen Direktoren ins Gespräch. In den Standorten fanden Investitionen statt. Dennoch gibt es einen enormen Investitionsstau. Bei einem jährlichen Umsatz von 150 Millionen Euro und einem angenommenen Investitionsanteil von ca. zehn Prozent wird deutlich, vor welchen riesigen

Aufgaben die Kliniken steht. Bei Wegfall der Investitionszuschüsse eine unlösbare Aufgabe, diese Mittel selbst erwirtschaften zu müssen. Eine große Hürde in der Finanzierung der Häuser sieht die Klinikleitung in der Frage der Basisfallwerte. Hier gibt es nämlich ein Auseinanderdriften der Werte zwischen Ost und West. Eine Behandlung in einem Krankenhaus der alten Bundesländer wird demnach besser vergütet als dieselbe Behandlung in einem ostdeutschen Krankenhaus. Hier steht die Frage, warum ist das so? Kann man diese Basisfallwerte in Zukunft angleichen? Hier ist ganz sicher die Politik im Freistaat und im Bund gefragt. Eine andere Regelung zu den Basisfallwerten kann letztlich zur Entlastung der Haushalte von Bund und Ländern beitragen. Hier gilt es in der Arbeit anzusetzen.



Die Berufsschulzentren und die neuen Herausforderungen

Nicht unerhebliche Finanzmittel sollen auch in Zukunft in die Bildung im Freistaat Sachsen fließen. In der vergangenen Legislaturperiode besuchten die Landtagsabgeordneten Kerstin Lauterbach und Sebastian Scheel die Berufsschulzentren

im Kreis Meißen und suchten das Gespräch, um sich über die aktuelle Lage an den Standorten zu informieren. Fazit: Alle vier Berufsschulzentren sind saniert, und es wurden zum Teil neue Gebäude zur vorhandenen Bausubstanz ergänzt. Der Landkreis

hat mit Hilfe der Landesmittel einen hervorragenden Rahmen für die Lehrlingsausbildung und die Abiturienten geschaffen. Die Schülerzahlen haben sich aber auch in fast allen Häusern auf einem Niveau eingepegelt, dass ein Fortbestand zurzeit gegeben ist. In naher Zukunft könnte sich die Lage allerdings deutlich verschlechtern, und Standorte könnten damit ihre Daseinsberechtigung verlieren.

Die Spezialisierung der einzelnen Zentren auf bestimmte Berufe hat sich ausgezahlt. Problematisch wurde aber in allen Häusern gesehen, dass trotz sehr gutem Sanierungsstand und Spezialisierungsgrad der Berufsschulzentren auf dem flachen Land diese den Bestrebungen der kreisfreien Städte, die Lehrlinge in die Zentren zu ziehen, nichts entgegenzusetzen können. Eine entwickelte Infrastruktur auf dem Land steht

einer zu entwickelnden in den Zentren gegenüber. Wird hier in Zukunft ein Potential verschwendet und werden Investitionen der Kreise in Frage gestellt? Werden in den Regionen auf dem flachen Land Ressourcen bald ungenutzt bleiben?

Hier gilt es, mit Augenmaß und umfassender Betrachtung Lösungen zu finden, die Vorhandenes mit neu zu Schaffendem in einen Gleichklang bringen, und darauf zu achten, dass die ländlichen Regionen dabei nicht auf der Strecke bleiben. Wir müssen uns für die Schaffung einer ausgewogenen Infrastruktur im Bereich der Bildung einsetzen. Die Schulnetzplanung aller Kreise liegt im Land vor und muss von da aus zusammengeführt und koordiniert werden. Effizienter Einsatz der Mittel und langfristige Steuerung sind daher auch in der Haushaltplanung zu beachten.



DIE LINKE

Für Sie vor Ort:

DIE LINKE.
Kreisverband Meißen
Ein Haus für Viele(s)
Dresdner Straße 13
01662 Meißen

Bürozeiten:
Montag 9–12 Uhr

Telefon: 035 21 / 73 05 83
Fax: 035 21 / 72 75 16
kontakt@dielinke-meissen.de

www.dielinke-meissen.de



Wie wird zur Landtagswahl gewählt?

Die Sächsische Landesverfassung schreibt vor, dass der Landtag aus mindestens 120 Abgeordneten besteht. Von diesen 120 werden 60 Abgeordnete von den Wählerinnen und Wählern in ihrem Wahlkreis direkt in den Landtag gewählt. Die Direktkandidatinnen und -kandidaten wählen Sie mit Ihrer Erststimme. In den Landtag zieht die Direktkandidatin oder der Direktkandidat ein, die oder der die meisten Erststimmen auf sich vereinigen kann. Hierfür reicht also die relative Mehrheit. Über die Größe der Fraktionen und damit über die Zusammensetzung des Landtages entscheiden Sie jedoch mit Ihrer Zweitstimme. Mit dieser wählen Sie die Partei. Alle Parteien, die mehr als fünf Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, ziehen in den Sächsischen Landtag ein. Gemäß ihrem Zweitstimmenanteil werden die Sitze im Landtag verteilt.

Gewinnen mehr Direktkandidatinnen und -kandidaten einer Partei ihren Wahlkreis, als der Partei nach Zweitstimmen zustehen würde, so dürfen diese trotzdem in den Landtag einziehen. Das sind sogenannte Überhangmandate. In Sachsen werden diese ausgeglichen. Das heißt, die anderen Parteien erhalten jeweils zusätzlich so viele Sitze, dass die Größe Ihrer Fraktion dem Zweitstimmenergebnis entspricht. Aktuell sitzen deshalb 132 Abgeordnete im Sächsischen Landtag.

Das heißt also: Mit der Zweitstimme machen Sie die Partei stark, die Sie im Landtag vertreten soll. Mit der Erststimme schicken Sie die Abgeordnete oder den Abgeordneten aus Ihrem Wahlkreis in den Landtag. Unser Tipp: Wählen Sie einfach mit beiden Stimmen DIE LINKE. Denn wir sind Ihre Sozialversicherung im Landtag.

Eine Herzensangelegenheit: der Einsatz für die Bürgerinnen und Bürger

Unser Blog unter: coswignonlinks.blogspot.de

Kompetent für meine Heimatregion

Liebe Bürgerinnen und Bürger, in den Jahren meiner kommunalpolitischen Tätigkeit bin ich oft an Grenzen gestoßen, die durch die Gesetzgebung hervorgerufen wurden. Der Dialog zwischen der Basis und dem Gesetzgeber ist so zu gestalten, dass die zu beschließenden Gesetze zu besseren Rahmenbedingungen für Arbeit, Bildung und Kultur für alle Bürger beitragen.

Nur wer die Realität kennt, kann die Gesetzgebung im Interesse der Menschen gestalten. Ich kann meine Erfahrungen aus dem Alltag als Bürgerin unseres Kreises, Selbständige, Mitarbeiterin im Landtag und Kommunalpolitikerin einbringen. Diese Erfahrungen haben mir den Blick für die Ursachen von gesellschaftlichen Problemen geschärft. Ursachen für die hohen Schulabbrüche liegen u. a. im Lehrermangel und den zu vollen Klassen. Kurze Wege für kurze Beine und kleine Klassengrößen durch Anstellung von Lehrerinnen und Lehrern, auch im ländlichen Raum, müssen geschaffen werden.

Ursache für die verfehlte Krankenhauspolitik ist die Gewinnorientierung. Hier muss es aber um die umfassende gesundheitliche Versorgung unserer

Menschen gehen. Der Freistaat muss den Bund zu einem Umdenken in der Gesundheitspolitik bewegen. Zu tun gibt es genug, und es kann sich lohnen für uns. Bitte schenken Sie mir Ihr Vertrauen.

Ihre Uta Knebel



Uta Knebel

Ich wurde 1965 in Riesa geboren und besuchte von 1972 bis 1980 die Polytechnische Oberschule und die EOS Max Planck in Riesa. Nach einem Jahr Praxis in den VEB Riesaer Ölwerken absolvierte ich mein Studium an der TU Dresden mit Abschluss Dipl.-Ing. Ökonomie im Jahr 1989. Ich habe zwei Kinder: Sven (27) und Anne (23).

■ seit 1984 Mitglied der SED, von 1990 bis 1994 Mitglied im



Kreistag Riesa, später Kreistag Meißen ■ seit 1994 Mitglied im Stadtrat Riesa; seit 2004 Fraktionsvorsitzende ■ seit 1996 selbständig ■ seit 1998 Vorstandsvorsitzende des Mietervereins Saxonia 1998 e. V. ■ seit 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin

beim Landtagsabgeordneten Sebastian Scheel (in Teilzeit).

DIE LINKE. Riesa Weidaer Straße 10, 01591 Riesa Telefon: 035 25 / 87 61 68 uta.knebel@dielinke-sachsen.de www.dielinke-meissen.de

Es ist normal, verschieden zu sein

Menschen mit Beeinträchtigungen gehört unsere Aufmerksamkeit



Am Anfang stand ein Zeitungsartikel: Eine Redakteurin berichtete über ein kleines Mädchen in Großenhain, das an einer unheilbaren Krankheit leidet, und über die Probleme der Eltern, damit zurechtzukommen. Das, was der elfjährigen Viktoria L. helfen könnte, die Krankheit zu lindern, seien Delphintherapien, war zu lesen. Behandlungsmethoden, die nur im Ausland, u. a. in der Türkei, angeboten werden. Deutsche Krankenkassen bezahlen diese Therapien nicht. Eine Solidaritätswelle half der Familie schließlich doch, eine

Delphintherapie zu finanzieren. Und sie half Viktoria. Auch Kerstin Lauterbach, die Linksfraktion im Landtag und Linke aus der Region gehörten zu den Unterstützern – wohl wissend, dass mit dieser Unterstützung nicht die grundlegenden Probleme der Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen gelöst sind: bürokratische Antragsverfahren, herzloses Verhalten der Behörden, teure Medikamente, spezielle Lebensmittel, Nichtanerkennung von Heilmethoden, und das alles teilweise mit Hartz IV. Die Mutter von

Viktoria, Kerstin Lauterbach und andere wollten deshalb etwas bewegen. Eine bundesweite Petition wurde ins Leben gerufen, sensibilisierte das Fernsehen, und weitere Kontakte, zum Beispiel zur Lebenshilfe Großenhain und der Förderschule Skäbchen, wurden geknüpft. Inzwischen gibt es eine Antwort des Petitionsausschusses des Bundestages. Nach Einschätzung von Viktorias Mutter geht die Antwort jedoch am wirklichen Leben vorbei. »Die Eltern betroffener Kinder sind in einer besonderen Situation, ihnen

muss geholfen werden, und der Staat ist verantwortlich für die entsprechenden Rahmenbedingungen«, wiederholt Kerstin Lauterbach immer wieder und bereitet entsprechende parlamentarische Initiativen vor. Sie hofft, nach der nächsten Landtagswahl Mehrheiten für die Umsetzung zu finden. »Deutschland hat die UNO-Konvention für die Rechte behinderter Menschen mit unterschrieben. Die vielzitierte »Inklusion« darf deshalb nicht nur eine Worthülse bleiben«, sagt sie.



Kerstin Lauterbach

gelernte Verwaltungsfachangestellte, ist 55 Jahre alt und kommt aus Großenhain. Sie ist seit 2009 Landtagsabgeordnete und kandidiert im Wahlkreis 38 – Meißen 2.



Lohndumping und prekäre Arbeit bekämpfen!

Als LINKER will er daran mitarbeiten, das Leben der sozial Schwachen zu verbessern, soziale Gerechtigkeit zu fördern und ein friedliches, solidarisches Zusammenleben der Menschen zu unterstützen. Heinz Hoffmann wurde 1954 in Heidelberg geboren, wo er nach der Schule den Beruf des Medizinisch-technischen Radiologieassistenten erlernte. Nach mehrjähriger Beschäftigung im erlernten Beruf schloss er ein Studium als Diplom-Volkswirt ab. »Durch meine Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär der IG Metall kam ich 1990 nach Sachsen«, erzählt Heinz Hoffmann. »Hier hab ich auch meinen familiären Standort gefunden. Seitdem habe ich

meinen Lebensmittelpunkt im Landkreis Meißen.« Seit 2007 ist er Mitglied der LINKEN und engagiert sich, ebenso wie seine Frau Barbara, im Kreistag Meißen, für den er bei den Kommunalwahlen erneut in der Stadt Radebeul gewählt wurde. Darüber hinaus ist er als Vertreter der Versicherten Mitglied im Verwaltungsrat der AOK Plus und Mitglied im Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland. Seit November 2013 gehört er als Abgeordneter dem Sächsischen Landtag an. Dort arbeitet er vor allem im Landtagsausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. »DIE LINKE«, sagt er, »ist meine Partei, weil sie Lohndumping und

prekäre Arbeitsverhältnisse bekämpft und für gute Arbeit eintritt.« Sie sei die Kraft, die sich gegen unsichere Arbeits- und Einkommensbedingungen engagiert und diese überwinden will. »Deshalb wollen wir auch einen gesetzlichen Mindestlohn ohne Ausnahmen einführen.« Wichtig sei auch, Zukunftsinvestitionen zu fördern und damit nach 25 Jahren der staatlichen Einheit die Angleichung der Lebensverhältnisse durchzusetzen, meint Heinz Hoffmann. Hohe Qualität der Schul- und Berufsausbildung sei ein weiteres wichtiges Ziel der Partei. Und nicht nur für Heinz Hoffmann eine Herzensangelegenheit: »DIE LINKE ist auch meine Partei, weil sie sich

für eine klare Friedenspolitik einsetzt.«



Heinz Hoffmann

kandidiert im Wahlkreis 40 – Meißen 4 für den Sächsischen Landtag.

Der Kampf um die Schwerter

Meißen und seine Manufaktur



Seit über 300 Jahren ist Europas älteste Porzellanmanufaktur bekannt für die Herstellung und künstlerische Gestaltung von Porzellanen. Die Marke mit den zwei gekreuzten Schwertern ist ein weltweit bekanntes Symbol und Imagerträger für die Stadt Meißen, die Region und den Freistaat. Kaum ein anderes Unternehmen in Sachsen schafft es, so viele Emotionen aufkommen zu lassen. Daraus folgt eine große Verantwortung für die Entscheidungsträger. Vor fünf Jahren wurde eine neue

Geschäftsführung verpflichtet. Mit Dr. Christian Kurtzke kam ein Mann an die Spitze des Unternehmens, der nach kurzer Zeit einschneidende Kurswechsel vollzog. Mit Unterstützung des greisen »Übervaters« Kurt Biedenkopf will er aus der Porzellanmanufaktur einen breit aufgestellten Anbieter von Luxuswaren machen. Mit dem Bekanntheitsgrad der Marke und der Verbindung mit hochwertigen Produkten ließe sich doch mehr verkaufen als »nur« Porzellan. Mittlerweile bietet

Meissen Mode, Schmuck, Möbel und anderes an. Doch die angebliche Alternativlosigkeit dieser Strategie hat Tücken. Mit immensen Kosten wird der Versuch unternommen, Meissen in fremden Märkten aufzustellen. Dieser Versuch birgt ein hohes Risiko des Scheiterns mit fatalen Folgen für das Image der Manufaktur, aber auch Sachsens. Der Landtagsabgeordnete Sebastian Scheel zeigte sich schon früh skeptisch gegenüber dieser Strategie und fragte immer wieder kritisch nach. Dabei machte nicht nur die Ausweitung auf immer neue Produktbereiche Sorgen, sondern auch das fehlende Miteinander in der Region ist Kritikpunkt. Es will einfach keine Ruhe einziehen in die Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen. Aufreibende Streitereien mit vor Ort ansässigen Unternehmen, Polterabend, Geheimniskrämerei und Entlassungswellen bringen Unmut und Aufregung in das Verhältnis zwischen Region und Manufaktur. Daher kommt Scheel auch zu dem Schluss:

»Herr Kurtzke ist wie ein wild gewordenen Pferd, das gerade durchgeht. Anscheinend hat keiner mehr die Zügel in der Hand.«



Sebastian Scheel

absolvierte ein Studium der Politikwissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Philosophie, ist 38 Jahre alt. Er ist seit 2004 Landtagsabgeordneter und seit 2009 Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses des Sächsischen Landtages. Er kandidiert im Wahlkreis 39 (Stadt Meißen, Stadt Nossen, Klipphausen, Niederau, Weinböhla).

Wer kandidiert wo?

Der Landkreis Meißen unterteilt sich bei der Landtagswahl 2014 in vier Wahlkreise. DIE LINKE tritt – wie in ganz Sachsen – natürlich auch in unserem Landkreis in allen Wahlkreisen mit eigenen Direktkandidierenden an. Damit Sie wissen, wem Sie am 31. August Ihre Erststimme geben können, wollen wir Ihnen hier die Wahlkreiseinteilung nach Kommunen aufschlüsseln.

Wahlkreis 37 – Meißen 1:

Uta Knebel
Diera-Zehren
Hirschstein
Käbschütztal
Lommatzsch
Riesa
Stauchitz
Strehla
Zeithain

Wahlkreis 38 – Meißen 2:

Kerstin Lauterbach
Ebersbach
Glaubitz
Gröditz
Großenhain
Lampertswalde
Nünchritz
Priestewitz
Radeburg
Röderaue
Schönfeld
Tauscha
Thiendorf
Wülknitz

Wahlkreis 39 – Meißen 3:

Sebastian Scheel
Ketzerbachtal
Klipphausen
Leuben-Schleinitz
Meißen
Niederau
Nossen
Weinböhla

Wahlkreis 40 – Meißen 4:

Heinz Hoffmann
Coswig
Moritzburg
Radebeul

Gregor Gysi kommt:

am 22. August 2014
19 Uhr
nach Riesa
auf den Vorplatz der
Sachsenarena

Wir wollen Innovatives fördern

Soziale Gerechtigkeit und eine funktionierende Wirtschaft sind für uns zwei Seiten derselben Medaille, denn es ist klar: Alles, was wir ausgeben wollen, müssen wir zunächst erarbeiten. Sachsen hat gerade in diesem Bereich einen großen Nachholbedarf. In den letzten Jahrzehnten entwickelte sich sächsische Wirtschaft vor allen Dingen als »verlängerte Werkbank«. Was fehlt, ist eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat.

Wir wollen das ändern, indem wir verstärkt auf die Innovationsfähigkeit der hier ansässigen kleinen und mittelständischen Unternehmen setzen. Der Freistaat kann sich hier beim Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten sowie bei der Stärkung der Vernetzung der Unternehmen untereinander engagieren. Daneben soll sich das Land auch an der Kapitalisierung von innovativen Unternehmensgründungen beteiligen können. Eine gezielte Landesförderung zur Schaffung und Sicherung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze vor allem in strukturschwachen Regionen und ein Landesprogramm zur Fachkräftesicherung werden wir aufbauen.

Von Arbeit muss man leben können. Deshalb wenden wir uns gegen die vorherrschende Niedriglohnstrategie und setzen uns dafür ein, das Vergabegesetz zu überarbeiten. Öffentliche Aufträge werden dann nur noch an Unternehmen vergeben, die Sozial- und Umweltstandards einhalten.

Weitere Informationen

Haben wir Sie neugierig gemacht? Wollen Sie weitere Informationen über unsere Arbeit und unsere Positionen zur Landtagswahl? Natürlich ist in einer solchen Zeitung nie genug Platz dafür, all unsere Positionen darzustellen. Im Internet finden Sie deshalb weitere Informationen und wichtige Termine im Landtagswahlkampf.

Besuchen Sie uns auf unserer Website unter www.dielinke-sachsen.de/landtagswahl

Haben Sie kein Internet? Kein Problem. Wenn Sie weitere Informationen wünschen, kontaktieren Sie uns einfach postalisch. Schreiben Sie an:

DIE LINKE, Sachsen
Kleiststraße 10 a
01129 Dresden



Sachsen gehört in entscheidenden Bereichen zu den Bundesländern mit den niedrigsten sozialen Standards. Wir nehmen nicht hin, dass der Anteil von Armut betroffener Menschen in Sachsen zugenommen hat und weiter wächst. Im Freistaat liegt die Armutsquote bei einem Fünftel der Gesamtbevölkerung und damit beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt. Mehr als ein Viertel der sächsischen Kinder ist von Armut betroffen, was deren Lebensperspektive von vornherein belastet und die

Gefahr der Reproduktion von Armut und sozialer Ausgrenzung verstärkt. Der Freistaat wälzt die Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge auf die Kommunen ab und verschärft so deren finanzielle Notlage. Immer mehr Landesaufgaben werden auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen, ohne dass diese vom Freistaat dafür ausreichende Ausgleichszahlungen erhalten. Deshalb sind die Kommunen immer weniger in der Lage, selbstbestimmt sozialpolitisch

zu agieren. Soziale Daseinsvorsorge, eigentlich eine Verantwortung der öffentlichen Hand, wird dabei gerade in Sachsen immer mehr privatisiert und damit den Spielregeln des Marktes unterworfen. Wir wollen deshalb den Anteil an Sozialausgaben im Landeshaushalt erhöhen. Insbesondere die Betreuung älterer Menschen muss angesichts einer alter werdenden Gesellschaft sichergestellt werden. Wir wollen die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge stoppen und sind

davon überzeugt, dass Schulen, Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, genauso wie stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen, in staatlicher Hand bleiben müssen. Statt den Schaden zu beräumen, wenn er eingetreten ist, wollen wir präventive Maßnahmen unterstützen. Deshalb wollen wir eine angemessene öffentliche finanzielle Förderung von Vereinen, Verbänden und Selbsthilfegruppen zur Umsetzung des Prinzips Hilfe zur Selbsthilfe erreichen.

Jene fördern, die uns täglich helfen

Stellen Sie sich vor, es brennt, und keiner kommt löschen. Sie brauchen ärztliche Hilfe, aber die bekommen Sie erst nach einer gefühlten Ewigkeit. Sie rufen die Polizei, und es kommt keine. Unvorstellbar? Die sächsischen

freiwilligen Feuerwehren kämpfen mit Nachwuchsproblemen. Die Berufsfeuerwehren – wie aktuell in Leipzig – haben mit Personalnotständen zu kämpfen. Durch den Rückzug des Freistaates aus der Fläche ver-

längern sich Rettungszeiten. Immer häufiger braucht medizinische Hilfe länger als gesetzlich vorgeschrieben. Derzeit gehen mehr Polizistinnen und Polizisten in den Ruhestand, als eingestellt werden. Es steht die Frage im Raum, ob die Polizei heute noch alle ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Diese Situation kann im Zweifelsfall Menschenleben kosten. Genau deshalb muss sich die Situation grundlegend ändern. Wir setzen uns für eine angemessene Präsenz der Polizei in der Fläche in allen Regionen in Sachsen ein. Deshalb brauchen wir jährlich mindestens 500 neue Polizeibeamte, um die Altersstruktur in der Polizei positiv zu verändern. Um künftig ein Mindestmaß an öffentlicher Sicherheit zu gewährleisten, setzen wir

uns ein, dass in jeder Gemeinde mit mindestens 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine rund um die Uhr besetzte Polizeidienststelle vorgehalten wird. Im Rettungswesen wollen wir ein engmaschiges Netz dezentraler Rettungswachen erhalten und ausbauen. Die derzeit begrenzten Spielräume der Kommunen als Träger der Rettungsdienstleistungen wollen wir erweitern und für deren auskömmliche Finanzierung durch das Land sorgen. Für die Feuerwehr streben wir die Bildung hauptamtlich besetzter Unterstützungseinheiten an, welche gemeindeübergreifend die örtlichen Feuerwehren unterstützen. Die ehrenamtliche Arbeit in freiwilligen Feuerwehren wollen wir würdigen und setzen uns u. a. für eine Feuerwehrrente in Höhe von 100 Euro ein.



Mobil sein in Stadt und Land

Mit Bus und Bahn zum Arzt, zum Einkaufen, in die Schule, ins Kino oder einfach nur zu Freunden: Was in den Großstädten in Sachsen möglich ist, wird im ländlichen Raum immer mehr zum Problem. In vielen

Orten im Freistaat hält der Bus nämlich nur noch zwei- oder dreimal am Tag. In den Ferien – also ohne Schulverkehr – wird es noch weniger. Viele Menschen sind aber auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Sie haben kein Auto, dürfen noch nicht oder können nicht mehr mit dem eigenen Kraftfahrzeug unterwegs sein. Dann wird jedoch auch der kleine Abstecker in den nächsten Ort zur schwer zu bewältigenden Tagesaufgabe. Der Weg zur Arbeit lässt sich damit kaum realisieren. Die Attraktivität des Freistaates als Lebensraum nimmt dadurch natürlich ab.

Das wollen wir ändern. Wir sind der Überzeugung: Ein kostengünstiges und barrierefreies Angebot an Bus und Bahn gehört zu einem attraktiven Lebensumfeld dazu. Unser Ziel ist es, in ganz Sachsen gute Anbindungen, schnelle Verbindungen und ein aufeinander abgestimmtes Umsteigesystem zu verwirklichen. Die Beförderung von Schülerinnen und Schülern muss dabei in jedem Falle kostenfrei werden, denn der Weg zur Schule gehört für uns zum Schulbesuch dazu. Die Angebote und Möglichkeiten von Bus und Bahn, Rad- und Fußverkehr und Car Sharing wollen wir at-



traktiv und flächendeckend weiterentwickeln. So wollen wir den Menschen im Freistaat eine Perspektive eröffnen, auf das bisher unverzichtbare eigene Auto auch mal verzichten zu können.



Wir wollen die Regierung stürzen ...

Es sind viele Dinge, die in Sachsen schief laufen: geschlossene Jugendclubs, ein rückständiges Schul- und Benotungssystem, fehlende Mitbestimmung, viel zu viele Nazis, patriarchale Strukturen, Überwachung, kaum Fortschritte in der Inklusion, Leistungsdruck und vieles mehr. Doch wir können mehr als nur fassungslos die Köpfe schütteln: Wir laden dazu ein, gemeinsam mit uns – ob auf der Straße oder vor dem Laptop, ob als Gruppe oder einzeln, ob als Mitglied oder Sympathisant/-in, ob geschlossen oder in freier Assoziation – grundsätzliche Kritik mit dem zu verbinden, was im Kleinen den Freiraum für das Große erweitert. Denn wir wollen raus aus der Lethargie, raus aus der Mitte und hinein ins schöne Leben!

Wir haben uns als Jugendverband zusammengeschlossen, um die Verhältnisse in Sachsen zum Tanzen zu bringen. Das wollen wir nicht nur auf der Straße, im Wohnzimmer oder im Verein, sondern auch im Parlament. Deswegen haben wir ein eigenes Landesjugendwahlprogramm geschrieben, in dem unsere Forderungen für die Landtagswahl ausgeführt wer-



... und noch viel mehr!

Auf der Landesliste der Partei DIE LINKE. Sachsen kandidieren (v. l. n. r.) Anja Klotzbücher, Anna Gorskih, Werner Kujat, Marco Böhme, Tom Rumberger und Marie Wendland.

den. Aber nicht nur ein eigenes Programm können wir bieten: Sechs junge Kandidat/-innen stehen auf der Liste der sächsischen LINKEN für den Landtag,

um unsere Forderungen auch ins Parlament zu tragen. Es geht um faire Bezahlung, wenn man schon arbeiten muss. Darum, dass du dir ein

Ticket für den ÖPNV leisten – oder in Zukunft sogar darauf verzichten – kannst, damit du möglichst schnell von Arbeit, Schule, Verein oder Familien-

treffen zum nächsten Planschbecken kommst. Darum, dass alle die Zeit am See genießen können und von Sexismus, Rassismus und anderen menschenverachtenden Einstellungen verschont bleiben. Darum, dass du über deine Erlebnisse kommunizieren kannst, ohne überwacht oder ausgespäht zu werden. Was du am See zu dir nimmst, soll deine eigenverantwortliche und reflektierte Entscheidung sein, und du sollst keine Angst vor möglichen Repressionen haben. Wir möchten, dass es in Sachsen keine Angst, keine Diskriminierung, keine Verzweiflung und keine Nazis mehr gibt. Wir wollen, dass es mehr Mitbestimmung, mehr Beteiligung und mehr soziale Gleichheit gibt. Wir wollen Sachsen ökologischer, freier und moderner machen. Dafür haben wir in unserem Landesjugendwahlprogramm ganz konkrete Vorschläge. Diese Vorschläge sind zu diskutieren und sicher auch zu verbessern, aber wir wollen sie auch umsetzen – und zwar mit dir! Alle Infos, unsere Forderungen und Kandidierenden findest du auf unserer Website.

www.linksjugend-sachsen.de

Besser lernen

Sachsen ist stolz auf sein Bildungssystem. In den PISA-Umfragen belegt der Freistaat immer wieder obere Plätze im Vergleich der Bundesländer. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere zeichnet ein anderes Bild: Immer mehr Schülerinnen und Schüler erlangen nicht einmal den Hauptschulabschluss. Der Anteil lag 2013 bei rund 10,4 Prozent. Also mehr als jede zehnte Schülerin, mehr als jeder zehnte Schüler dieses Jahrgangs blieben ohne Abschluss. Die Zukunftschancen der Betroffenen sind damit mehr als gefährdet. Sachsens Bildungssystem arbeitet zudem an der Leistungsgrenze: So konnten in diesem Jahr die Schulbescheide an die Eltern erst verspätet versendet werden, weil nicht klar war, ob am 1. September vor jeder Klasse auch eine Lehrkraft stehen würde. Im Hau-Ruck-Verfahren versuchte die Staatsregierung, die Lücken zu schließen,

und lobt sich nun dafür, mehr Lehrkräfte als geplant anzustellen. Die Wahrheit ist allerdings: Nicht alle Lehrerinnen und Lehrer, die in Rente gehen, werden überhaupt ersetzt. Und das bei steigenden Schülerzahlen. Das muss sich ändern. Sachsen kann es sich nicht leisten, einen großen Teil seiner Jugend einfach abzuhängen. Wir wollen deshalb längeres gemeinsames Lernen in kleineren Klassen und eine Förderung von Leistungsschwächeren in den Schulen. Wir wollen mehr Lehrkräfte einstellen, um das Schulsystem insgesamt zu entlasten und Leistungsdruck bei Lehrerinnen und Lehrern wie auch bei den Lernenden zu reduzieren. Wir wollen auch die Möglichkeiten des zweiten Bildungsweges stärken, jungen Menschen ohne Schulabschluss die nachträgliche Qualifikation ermöglichen und auch späte Berufsausbildung nach dem 25. Lebensjahr vereinfachen.



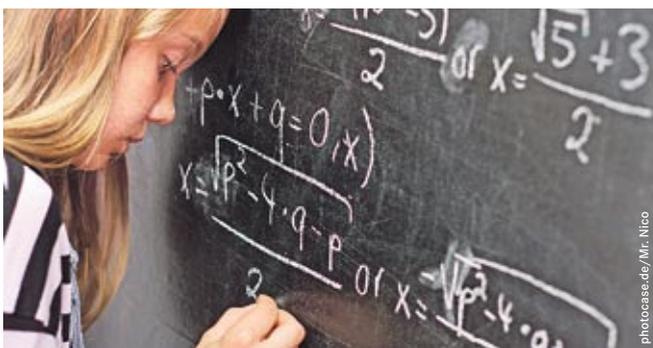
Sachsens Hochschulen fit machen für die Zukunft

Ab 2015 will der Bund die Kosten für das BAföG komplett übernehmen. Dadurch entsteht den Ländern ein finanzieller Spielraum, allein in Sachsen beträgt dieser 85 Millionen Euro. Sinnvollerweise könnte man dieses Geld nun in die Hochschulfinanzierung stecken.

Sachsens Hochschulen haben von jeher eine unterdurchschnittliche finanzielle Ausstattung. So wurden seit 1995 die Betriebskostenzuschüsse für die Hochschulen nicht erhöht. Mehrkosten tragen sie mittlerweile aus ihrem Globalhaushalt. Aktuell stehen 1042 Personalstellen auf der Streichliste. Landesweit regt sich Widerstand dagegen.

Doch statt die Chance zu nutzen, die Mittelausstattung der Hochschulen zu verbessern, legt die Staatsregierung einen »Zukunftsfonds« auf: Zwei Drittel der freiwerdenden Mittel fließen da hinein, der Rest geht den Hochschulen verloren. Und selbst mit diesem Geld können die Hochschulen keine Lücken in ihrem Haushalt stopfen: Finanziert werden dürfen Erstaussstattung, Großgeräte und vieles mehr, was möglichst nichts mit der Grundfinanzierung des wissenschaftlichen Betriebes zu tun hat. Wir wollen deshalb Alternativen zu dieser Hochschulpolitik schaffen: Um die personelle und technische Ausstattung

und die Betreuungsverhältnisse zu verbessern, wollen wir die staatlichen Zuschüsse an die Hochschulen mindestens auf das Niveau des Bundesdurchschnitts erhöhen. Die geplanten Personalkürzungen wollen wir unverzüglich zurücknehmen. Die Studentenwerke wollen wir wieder finanziell bedarfsdeckend ausstatten. Wir werden uns für den Erhalt der Volluniversitäten stark machen und dafür die Fächervielfalt an den Hochschulen zu bewahren. Hochschulen bilden eine wichtige Grundlage der Innovationsfähigkeit Sachsens. Der Freistaat kann es sich nicht leisten, seine Hochschulen finanziell ausbluten zu lassen.



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,



Sachsen ist ein schönes Land. Ich komme gern hierher, genieße die Landschaft, die Kultur, die Herzlichkeit der Menschen. Sachsen hat viel erreicht. Das ist die Leistung aller hier Lebenden.

Umso mehr ärgere ich mich jedes Mal über die Selbstherrlichkeit der hiesigen CDU. Seit fast 25 Jahren herrscht

diese Partei in diesem Land. Bundesweit macht sie mit ihrem ganz speziellen Verständnis »sächsischer Demokratie« Negativschlagzeilen. Den Menschen im Freistaat bietet sie eine Strategie der Niedriglöhne und verkauft Einkommen, von denen man nicht leben kann, auch noch als Standortvorteil. Vom Familienbild will ich erst gar nicht anfangen zu schreiben.

Ich will nicht akzeptieren, dass eine Partei ein Land als ihren Besitz ansieht. Das Land gehört den Menschen, die dort leben. Sie sollen es gestalten können, statt einfach regiert zu werden. Ich will eine Perspektive für alle Menschen im Freistaat, für ein besseres Leben in Sachsen.

Und genau das haben Sie jetzt in der Hand. Gegen die Tristesse und das Einerlei der sächsischen Staatsregierung gibt es ein einfaches Mittel.



Natürlich können Sie auch an andere Parteien denken. Aber wenn Sie für Frieden, soziale Gerechtigkeit und gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West sind, müssten Sie sich für DIE LINKE entscheiden.

Ich bitte Sie: Gehen Sie am 31. August zur Landtagswahl und machen Sie DIE LINKE stark. Auch im Bundesrat brauchen wir andere Stimmen aus Sachsen. Nach 25 Jahren können Sie in Sachsen etwas Neues versuchen.

Ihr
Gregor Gysi

Spenden

DIE LINKE engagiert sich für den Politikwechsel in Sachsen. Wir wollen in Sachsen einmal mehr das Fenster öffnen und frischen Wind hereinlassen. Bis zum 31. August sind wir überall im Land unterwegs, um von unseren Positionen zu überzeugen.

Doch der Wahlkampf kostet natürlich auch Geld. Wir wollen dabei unabhängig bleiben von großen Unternehmen und Banken. Deshalb würden wir uns über Ihre Spende freuen. Das geht ganz einfach.

Konto: 2 719 901 002
BLZ: 850 900 00
Verwendungszweck: Wahlkampfspende

www.dielinke-sachsen.de/spenden

Jetzt für iOS und Android:

Die nd-App



www.neues-deutschland.de/app



neues deutschland
DRUCK VON LINKS

austral. Ureinwohner	Eichmaß	Sache (lat.)	Verständnisaufruf	Klostervorsteher	Holzblasinstrument	Fenstervorhang	dummer Mensch (ugs.)							
Bergmannsuniform	9					Partytanz	Gartenblume							
Zensur			Dauerbezug von Zeitungen		2	3								
Wanderpause		12	Suppenschüssel											
Strom i. Afrika			Seeferelle	2	8	1 5	14							
ind. Bundesstaat				5 1	3	4 8	Kinderbuchgestalt bei Kästner							
gedankl. Gehalt				7	6 3	2 4	Satz von Dingen							
	6			3 4	2 5	8 7								
Wildpflege		LINKE-Spitzenkandidat		8 2	4 7	3	Leipziger Bier-spezialität							
				8	4	3	Kartenspiel							
				7 3	2	4	Ausgang (engl.)							
engl. Musical-Komponist	Gewinner	türk. Titel	Das Für Staats-haus-haltsplan	1	Barockbau in Dresden	Zere-monie	Nordost-europäer							
					asiat. Meer-rettlich Folge		randlose Kopfbedeckung							
							4							
Rede-kunst	11					Handlung								
						Zahl								
alt-nord. Prosa			Schwimm-vogel			Tag (span.)	jap. Ur-bevölke-rung							
Bruder d. Falmir			ital. Autor											
	5	Back-masse				Einfall	13							
Berliner Spitz-näme			Nischl-Stadt	10										
Gattung							TROLL							
		Neben-fluss der Maas				jap. Frie-densno-belpreis-träger								
Lösungswort	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

Preisrätsel

Zu gewinnen:

■ Rico Gebhardt lädt in seine Heimatstadt Aue ein: eine Übernachtung für zwei Personen mit gemeinsamem Abendessen, gerne auch mit Besuch eines Heimspiels »seines« Vereins Erzgebirge Aue.



■ ein Halbjahresprint-abonnement von »neues deutschland« im Wert von 200 Euro

■ fünf Strandsets DIE LINKE mit Sonnenbrille, Sonnencreme und Badehandtuch

■ fünf Umhängetaschen »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf T-Shirts »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf Sonderedition-Image-Plakate der Partei DIE LINKE

Die Lösung bitte bis zum 1. September 2014 einsenden an: DIE LINKE. Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Impressum: Zeitung zur Landtagswahl 2014 im Landkreis Meißen, Auflage: 40 000
Redaktionsschluss: 26. Juni 2014
Herausgeberin: DIE LINKE. Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden
Telefon: 03 51 / 85 32 70
www.dielinke-sachsen.de
V.i.S.d.P. Antje Feiks. Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.
Layout und Satz: DiG / TRIALON
Druck: Dresdner Verlagshaus Druck GmbH